

## Wiener Spitalsreform

**Gesundheit** Ein riesiges statt mehrerer kleiner Spitäler, Beton statt Grün, Millionen-Aufträge für Baukonzerne, Konzentration statt Nahversorgung, Tageskliniken statt Betten, notdürftig kaschierte Schließungen: Wie die Stadtregierung das alles als Verbesserung für PatientInnen verkauft und auch noch als sparsam und effizienter darstellt.

Seite 2

## Was hält Berlusconi an der Macht?

**Italien** Er ist Medientycoon und Zementunternehmer mit kriminellem Background. Sein Sündenregister umfasst Sexskandale, Korruption, Bestechung und Unterstützung zweifelhafter Charaktere aus dem organisierten Verbrechen. Warum ist Berlusconi immer noch an der Macht? Giuliano Brunetti (CWI in Italien) geht der Frage nach.

Seite 12

## Schwerpunkt

**Die Krise im Bildungswesen** ist Dauerthema. Das Volksbegehren wird daran nichts ändern. Wir befassen uns mit der Frage von Ursachen, Alternativen und Kampfmöglichkeiten.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 201 | 09.2011

# Nein zur Preislawine: Her mit der Marie!

**Der Blick ins** leere Geldbörse wird zur Gewohnheit. Denn das Leben wird immer teurer. Überall explodieren die Preise. Der wöchentliche Einkauf für Lebensmittel hat sich im letzten Jahr um 6,9% verteuert. Tanken kostet um 17% mehr. Wohnen ist ohnehin kaum mehr leistbar. Und nun erhöht die „rot-grüne“ Wiener Landesregierung noch eine Vielzahl von Gebühren. Der Wasserpreis z.B. wird um satte 33% erhöht und ist damit der teuerste in ganz Österreich. Das macht pro Kopf und Jahr geschätzte 20 Euro aus. Nicht viel auf den ersten Blick. Nur sind halt auch Wohnung, Parken, Tanken und Essen

schaftsvertreterInnen: Sie „müssen“ die Preise erhöhen, weil die Kosten gestiegen wären. Tatsächlich kostet ein Wiener Warenkorb um 20% mehr als die selben Lebensmittel in Berlin kosten würden. Die KapitalistInnen machen also auf unsere Kosten fette Gewinne. Rewe (Billa), Spar und Hofer gehören zu den erfolgreichsten Unternehmen in Österreich. Viele Familien müssen (wieder) in ungarische oder tschechische Grenzstädte fahren, um den Wocheneinkauf finanzieren zu können. Und die Kommunen haben Bereiche wie Wasser, Energie, Kanalisation etc. schon lange in profitorientier-



Fotomontage: Copyleft Alex Swoidl

## Die Antwort auf Preis- und Gebührenerhöhungen muss der Kampf für höhere Löhne sein!

teurer geworden. Das die Herren und Damen im Gemeinderat mit ihrem Einkommen von mind. 6528,- pro Monat die Aufregung nicht verstehen können, ist nachvollziehbar.

Sie argumentieren genauso wie die Wirt-

te Sub-Unternehmen ausgelagert. Ob wir uns das Heizen dann noch leisten können, ist ihnen egal.

**Der ÖGB-Präsident** rechnet mit einer heißen Herbstlohnrunde. Mögen den Worten nun Taten folgen.

Am 22. September werden die MetallerInnen ihre Forderungen übergeben. In den letzten Jahren hat sich die Gewerkschaft mit ihren Forderungen mehr als zurück gehalten. Und so sinken denn auch die Reallöhne. Damit

muss endlich Schluss sein. Die Gewerkschaft muss Lohnerhöhungen fordern und erkämpfen, die die Verluste der letzten Jahre wett machen. Wir müssen Fogler & Co. dazu zwingen, sich nicht an den Interessen ihrer Freunde in der Wirtschaftskammer zu orientieren sondern für die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder kämpfen. **Sonja Grusch**

### Die SLP fordert:

- Nein zu Preis- und Gebührenerhöhungen
- Mindestlohn von 1300,- netto
- Automatische Erhöhung der Löhne/Gehälter um die Inflation
- Gewerkschaftliche Kämpfe für echte Realloohnerhöhungen

Der Standpunkt



**von Sonja Grusch** Vor wenigen Wochen haben sich Politik und KommentatorInnen überschlagen, das Wachstum der Wirtschaft und das Ende der Krise zu verkünden. „Nach der Krise ist die Weltwirtschaft wieder auf einen stabilen Wachstumspfad eingeschwenkt“ schrieb das Institut für Höhere Studien (IHS), ein „renommiertes“ Wirtschaftsforschungsinstitut Mitte Juli. Nur wenige Tage danach platzen die Aufschwungsträume wie die berühmten Seifenblasen.

Vorwärts schrieb im Juli: „Die EU ist in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung. Nationale Regierungen wie auch EU-Gremien hanteln sich von einem

## Marxismus schlägt WirtschaftsexpertInnen

‘Rettungsversuch’ zum nächsten. Doch nichts hilft.“

Ätschi-Bätschi – wir haben's besser gewusst?! Ja und Nein. Seit Monaten warnen wir davor, dass die Krise nicht vorbei ist. Wir weisen auf die nach wie vor existenten zugrunde liegenden Widersprüche hin. Wir „wussten“ dass die Krise nicht vorbei ist, weil wir uns nicht mit einer oberflächlichen Betrachtung und scheinbar komplexen Berechnungsmodellen begnügt haben. Nur wer die Ursachen der letzten Einbrüche versteht, kann erkennen, dass diese nicht vorbei sind. Weil es eben nicht ein paar wahnsinnige oder gierige FinanzjongleurInnen sind, sondern das gesamte kapitalistische System. Die Analyse von Marx über die Wirtschaft und ihre periodischen Krisen ist topaktuell. Unser Wissen beruht nicht auf einer roten Kristallkugel, sondern auf der konsequenten Anwendung der Analysen und Methoden von Marx. Und auch Bürgerliche müssen zugeben: mit Marx lässt sich die Krise erklären!

Aber nein – wir freuen uns nicht über das Eintreffen der Krise. Eine Krise ist ein Frontalangriff auf ArbeiterInnen und ihren Lebensstandard. Einen Automatismus Krise – Widerstand – Sozialismus gibt es nicht. Und daher nochmal Marx: Die Krise und ihre Folgen werden am Besten bekämpft, wenn der Kapitalismus bekämpft wird. Das wissen wir.

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien, | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

## Kürzungen im Gesundheitswesen treffen vor allem Frauen

**Kürzungen** beim Pflegegeld, Schließung, Verkleinerung oder Absiedlung von stationären Abteilungen und die angestrebte kürzere Verweildauer in Krankenhäusern bedeuten Auslagerung von Pflege an unbezahlte Angehörige. Und es kommt prekäre, schlecht bezahlte Beschäftigung statt sicherer Arbeitsverhältnisse in Krankenhäusern. All das betrifft v.a. Frauen: in der privaten Pflege und als Beschäftigte.

Besonders von Schließungen betroffen sind z.B. in Oberösterreich Gynäkologie und Geburtshilfe sowie Kinderabteilungen. So werden auch Abtreibungen weiter erschwert. Folge sind auch schlechtere medizinische Qualität in der Frauenheilkunde und weitere Wege für Geburten sowie beschwerliche Anfahrten mit einem kranken Kind. Frauen sind als besonders Betroffene ein wichtiger Teil des Widerstandes gegen diese Kürzungen.



## Fünf Spitäler weniger in Wien

Im „Spitalskonzept 2030“ plant die Wiener Stadtregierung die Schließung folgender Spitäler: Kaiserin-Elisabeth-Spital, Sem-

beendet aber in Wahrheit gute gesundheitliche Nahversorgung. PatientInnen sagen „Hier ist man ein Mensch, in einem rie-

Schlagworte wie „mehr Kostenkontrolle“ und „Effizienzsteigerung“ deuten auf weitere Kürzungen und vielleicht Privatisie-

## In Wien versteckt Rot-Grün die Angriffe auf die Gesundheitsversorgung hinter „Spitalskonzept 2030“

melweisklinik, Orthopädisches KH Gersthof, KH Floridsdorf, Sophienhospital. Wenn einige dieser Krankenhäuser oder Teile von ihnen „übersiedeln“, ändert das nichts an der Schließung der Standorte. Auch aus anderen Spitätern werden Abteilungen „übersiedelt“, also an den bisherigen Standorten geschlossen. Stattdessen wird ein Mega-Krankenhaus gebaut. Diese Konzentration wird als Verbesserung dargestellt,

sigen Krankenhaus nur eine Nummer.“ Die Begründung, die bauliche Instandhaltung der alten Häuser sei zu teuer, ist nicht nachvollziehbar. Der Bau des „Krankenhaus Nord“ kostet 825 Millionen €. Stadträtin Wehsely nannte 28 Millionen Einsparung jährlich, nicht aber die Kosten des Spitalskonzepts. Als einzige Erklärung bleiben profitable Millionen-Aufträge für Architekturbüros und Baukonzerne.

rungen hin.

Der Personalstand soll gleich bleiben, das bedeutet Mehrbelastung durch steigende Anforderungen. Schon bisher wurden Überstunden im Ausmaß von 600 Arbeitsplätzen gestrichen. Die Betroffenen werden nicht einmal gefragt! Es braucht gemeinsamen Widerstand von PatientInnen, Angehörigen, MitarbeiterInnen sowie Gewerkschaft und Personalvertretung.

**Helga Schröder**



## Das Sophienhospital wird geschlossen

**Es ist das beliebteste** Krankenhaus Wiens und es werden gerade Renovierungsarbeiten durchgeführt. Dennoch wird es geschlossen. Eine Erklärung, die einer guten öffentlichen Gesundheitsversorgung entspricht, sucht man vergebens. Die Akutgeriatrie wird ins Wilhelminenspital verlegt und die Pflegeabteilung ins Kaiserin-Elisabeth-Spital. Dieses wird in ein Pflegewohnhaus umgewandelt. PatientInnen und Angehö-

rige sagen „Es ist so schade, dass dieses gute Krankenhaus geschlossen wird.“ MitarbeiterInnen vermischen Anerkennung ihrer guten Arbeit und „dürfen nichts sagen“, obwohl sie im Spitalskonzept zynisch als „Know-how-TrägerInnen im Veränderungsprozess“ bezeichnet werden. Die öffentliche gesundheitliche Nahversorgung soll wohl der einträglichen Verwertung des Grundstücks und privaten Profitten weichen.

# Krise reloaded

## Kein Ausweg für Kapitalismus

**Die Kursstürze** an den internationalen Börsen im August strafen die Regierungspropaganda vom „gelungenen Aufschwung“ Lügen. Der ATX verlor von 21.7. bis 21.8. 22,5%. Der Dow Jones gab 14% nach.

Das bestätigt die Analyse der SLP, dass die Krise noch lange nicht vorbei ist. Die milliardenschweren Rettungs- und Konjunkturpakete konnten die Wirtschaft 2008/09 vor dem völligen Kollaps retten. Einen substanziellen Aufschwung hatten sie nicht zur Folge. Dafür wurde die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben. Die Schuldenkrise der Europäischen Union konnte trotz der milliardenschweren „Hilfs“pakete für Griechenland (real für die Banken die dort investiert ha-

ben) nicht überwunden werden. Aktuell schlittert Italien in die Schuldenkrise. Die viertgrößte Volkswirtschaft Europas wäre nicht nur zu groß um „ge-



rettet“ zu werden, ein Einbruch würde auch einen Kollaps der europäischen Wirtschaft bedeuten.

**Symptomatischer** noch als die Kursstürze an den Börsen ist der Einbruch des Rohölpreises. Im Sommer stürzte der Preis für

pro Barrel zeitweise auf 93,15 Dollar. Das zeigt die Schwäche der Industrie und dass die KapitalistInnen selbst keinen Aufschwung erwarten.

Die Bedingungen für die Überwindung der aktuellen Wirtschaftseinbrüche auf Grundlage des Kapitalismus sind noch schlechter als 2008/09. Die staatlichen Mittel für Rettungs- und Konjunkturmaßnahmen sind nicht mehr vorhanden. Der

Versuch der Regierungen auf Kosten von ArbeiterInnen und Jugendlichen mit Sozialkürzungen einen Teil der Krisenkosten zu decken hat in einer Reihe von Ländern zu einem Einbruch im Binnenkonsum geführt. Dadurch sind die Perspektiven für eine Erholung drastisch verschlechtert.

Viele Entwicklungen sind jetzt noch nicht klar absehbar. Klar ist aber, dass ArbeiterInnen und Jugendliche wie schon in den letzten Jahren vor die Wahl gestellt werden die Kosten für die Krise zu zahlen oder zu kämpfen. Denn klar ist, die Mehrheit der Bevölkerung kann sich den Kapitalismus und seine Krise schlicht und einfach nicht mehr leisten.

**Jan Rybak**



### Der rechte Rand

**Schon Tage** nach der Sperrung der Nazi-„Heimseite“ *Alpen-Donau.info* war sie wieder online. Auch die Festnahme der rechtsaußen Schlüsselfigur Gottfried Küssel konnte das Fascho-Zentralorgan nicht stoppen. Tatsächlich breiten sich die Rechten im Internet, aber auch auf den Straßen weiter aus – und werden dabei professioneller:

Ebenfalls aus dem Dunstkreis von *Alpen-Donau.info* gründete sich Anfang 2011 die Formation „Der Funke“. Mit Störaktionen und Pickerl-Propaganda macht sie sich besonders auf den Unis breit. Dabei versucht sie ihr braunes Gedankengut „intellektuell“ zu verpacken.

Genauso gab es den Versuch mit „Der Volkstod-Kommt“ Faschismus für Jugendliche „cool“ zu machen. Das zeigt: Faschistische Gruppen machen sich in Österreich immer breiter; und der Staat schaut weg.

**Hannes Stiehl** ist Funktionär der freiheitlichen Polizeigewerkschaftsfraktion (AUF). Ohne Scheu nützt er seinen Beruf für seine Gesinnung: Fotos, die er im Dienst bei einer antirassistischen Kundgebung machte, veröffentlichte er später auf Facebook. Titel: „Linkes Gsindl“. Die SLP fordert schon lange den Ausschluss von FPÖlern aus dem ÖGB!

## Wo das Geld in Österreich zu Hause ist...

**Vermögen** Die rund 73.900 MillionärInnen in Österreich besitzen zusammen über 230 Mill. Euro (Quelle: Format 23/11). Die zehn reichsten Familien bzw. Privatpersonen verfügen über ein Vermögen von ca. 63,5 Mill. (Quelle: Österreich, 10.6.11). Das reichste 1% besitzt 33,7%, 90% besitzen 31,2% des Reichtums – d.h. 10% besitzen 2/3! (Quelle: Die Arbeit 4/10).

**ManagerInnen-Gagen** Man nehme 41 durchschnittliche Jahresgehälter von ganz normalen ArbeitnehmerInnen und erhalte das Millionengehalt von € 1.150.000,- im Jahr, das einE ATX-ManagerIn verdient (Quelle: AK Für Sie, Mai 2011).

Darf's noch etwas mehr sein? OMV-Vorstände verdienen 2,2 Millionen Euro im Jahr, bei Semperit 2,1 Millionen Euro und bei Raiffeisen 1,5 Millionen Euro.

**Und wo das Geld fehlt...** Die „normalen“ Beschäftigten verdienen weit weniger: KellnerInnen, SchneiderInnen (€ 11.470,- brutto/Jahr), VerkäuferInnen: (€ 15.730,-), Sekretariatskräfte (€ 22.576,-).

1,04 Millionen der hier lebenden Menschen sind armutsgefährdet, 467.000 akut arm. Armutsgefährdet ist, wer weniger als € 994,-/Monat (2008) zur Verfügung hat. Die Mindestsicherung beträgt € 250,- weniger...

**Working Poor** Auch wer einen Job hat, hat oft schlechte Karten. Der Anteil der „working poor“, also der Anteil jener ArbeitnehmerInnen, die trotz Arbeitsplatz in die Armut rutschen, nimmt zu. In Österreich waren im Jahr 2009 241.000 Menschen davon betroffen, 117.000 davon haben eine Vollzeitstelle.



**Politische Streiks** sind möglich! Am 2. Dezember 1966 „passierte“, was in Österreich bis heute kaum geschieht: es wurde gestreikt, und das von 250.000 Beschäftigten! Anlass waren nicht Löhne oder Arbeitszeiten, sondern die Einreise des selbsternannten „Thronfolgers“ Otto Habsburg am 31. Oktober 1966 nach Österreich. Habsburg fiel schon damals durch antisemitische und arbeiterInnenfeindliche Aussagen auf.

1919 wurde der Teil der Habsburger des Landes verwiesen, der sich weder der Republik fügen noch auf den Herrschaftsanspruch verzichten wollte. Seit 1958 war in Österreich ein Streit

**Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!**

über das Einreiseverbot und das Vermögen der „Exil-Habsburger“ entbrannt. Die ÖVP zeigte sich nach einer halbherzigen Verzichtserklärung Ottos gesprächsbereit. Kanzler Raab (ÖVP) beauftragte daraufhin die Prüfung über die Rückstellung habsburgischen Eigentums. Wegen des Widerstandes beschränkte sich Otto fortan „nur“ mehr auf sein „Einreiserecht“.

Der Streik von 1966 markiert damit den wohl bedeutendsten politischen Streik der 2. Republik! Er ist bis heute ein gutes Beispiel, dass Streiks auch politischen Auseinandersetzungen ein Mittel sind. Leider sieht das die ÖGB-Bürokratie anders. Im Frühjahr 2000 verweigerte sie die Organisation eines Streiks gegen die blauschwarze Bundesregierung. Mehrere 100.000 Menschen gingen auf die Straßen. Ein Streik wie 1966 hätte die bereits schwankende Regierung mit ziemlicher Sicherheit zum Sturz gebracht. Lernen wir aus der Geschichte!



## Mehr Geld für Gemeindebedienstete

**Ende September** tagt in Wien der Kongress der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG). Er wird wohl so ablaufen, wie

müsste die GdG jeden Tag auf der Straße stehen! Bedenklich ist auch die Gehaltssituation. In Vorarlberg und Salzburg gab es

gress über Kampfmaßnahmen für mehr Lohn beraten“ meint etwa Gerhard von der Wiener Beleuchtung (MA33). In Wien

und müssen automatisch an die Preissteigerung angepasst werden. Brauners Aussage muss auch für Gemeindebedienstete gelten!

### Der GdG-Gewerkschaftstag muss die Weichen stellen, um die Rechte der Beschäftigten zu verteidigen!

es aktive Gewerkschaftsmitglieder schon seit Jahren kennen. Pompöser Auftakt, Empfang beim Bürgermeister, lähmende Routine – wenig politische Debatte. Dabei gäbe es Themen genug! Erst vor kurzem präsentierte die GdG eine Studie, die vor allem auf die massiven Probleme der Beschäftigten in den Spitälern hinwies. Alleine um die Zustände dort zu beseitigen,

für 2010 keine Erhöhung für Gemeindebedienstete, in Kärnten nur 0,6%, im Rest von Österreich 0,9%. 2011 stiegen die Gehälter der Gemeindebediensteten zwischen 0,85 und 2,10 % – Angesichts der massiven Teuerungen ein echter Reallohnverlust.

„Lebensmittelpreise, Transportkosten sind viel mehr gestiegen als mein Gehalt. Eigentlich sollte die GdG auf ihrem Kon-

rechtfertigt die oberste Arbeitgeberin der Gemeindebediensteten, Vizebürgermeisterin Renate Brauner (SPÖ), die enormen Gebührenerhöhungen mit den Preissteigerungen. Sie lässt ein entsprechendes „Valorisierungsgesetz“ beschließen. Aber wo bleibt die „Anpassung“ für uns? Die SLP fordert eine „geleitende Lohnskala“. Das heißt: Löhne müssen mindestens gleich viel wert bleiben

Auch sie kaufen Lebensmittel, brauchen Fernwärme, Wienstrom, Gas usw. Ihre Bezüge müssten also mindestens die Preissteigerung angehoben werden.

So ein Beschluss des GdG-Kongresses würde ordentlich Schwung in die Gehaltsdebatte bringen, und den Boden für eine kämpferische Lohnrunde mit Aktionen auf der Straße und in den Betrieben aufbereiten.

**Michael Gehmacher**



**ÖGB-Verlag**, Becksteiner, Steinklammer, Reiter, ISBN 978-3-7035-1438-8

## Betriebsrats“realitäten“ Ein Buchtipps für GewerkschafterInnen

**Die GPA gibt eine Studie** in Auftrag, um das Standing von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen unter ArbeitnehmerInnen in Betrieben zu erforschen, sehr beachtlich. Noch beachtlicher ist, dass die AutorInnen auch Schlüsse ziehen, wie die Situation zu verbessern ist.

Die drei AutorInnen haben herausgearbeitet, dass während des Austrokorporatismus (Sozialpartnerschaft) Gewerkschaften zentrale Aufgaben im

Staat erfüllt haben, und auch heute noch als Teil des Staates gesehen werden. Teil des Staates, der die Interessen von Lohnabhängigen und Arbeitslosen sehr wenig erfüllt.

**Ein Ergebnis ist**, dass man BetriebsrätInnen nicht nur als Betriebskaiser, sondern auch als Interessensvertretung vor Ort wahrnimmt. Und dass Kämpfe nur gemeinsam mit Gewerkschaften geführt werden können, da

sie vernetzt werden müssen. Sie erklären, das könne nur mit demokratisch organisierten und handelnden Gewerkschaften funktionieren. Die Gewerkschaften sind heute schließlich außer reinen Serviceleistern auch nur ein Teil der Bürokratie, der „Herrschaft des Büros“ im Staat.

Ob die Gewerkschaftsführung diese Lehren freiwillig umsetzen wird ist allerdings fraglich.

**Bertl Hill**

# Nein zu Budgetkürzungen in Linz!

In Linz zeigt sich zur Zeit, in welchem Ausmaß die SPÖ mit Steuergeldern spekuliert: 2007 wurde ein Kredit über umgerechnet 195 Mio. € in Schweizer Franken über die BAWAG P.S.K. aufgenommen. Das Spekulationsgeschäft ohne Verlustdeckung wird der Stadt nun zum Verhängnis: In der Krise ist der Franken zur Fluchtwährung geworden und wird gegenüber dem Euro immer stärker – die Währungswette damit zum Verlustgeschäft: 2010 wurde bereits ein Verlust von über 15 Millionen € gemacht. Bis 2017 soll die Stadt über 400 Mio. € an Zinsen zahlen (Stand 18. August).

Damit steht Linz vor der Pleite: Die nächste Halbjahres-Zinstranche, fällig im Oktober, kann die Stadt nicht mehr bezahlen. Der Gemeinderat hat zwar beschlossen, die BAWAG P.S.K. zu klagen – Prozess hin oder her, der Stadtsenat beginnt jedenfalls zu kürzen – und zwar einstimmig! In der letzten Sitzung vor der Sommerpause wurde das Magistratsbudget mit sofortiger Wirkung um 10% verringert, das heißt weniger Geld für Soziales, Kultur, Kinderbetreuung, etc. Im Gespräch sind auch Gebührenerhöhungen für Müllabfuhr & Gas – es zeigt sich klar, wer für die Casino-Politik der ange-

lichen "Linzpartei" SPÖ bezahlen soll!

Die FPÖ greift das Thema als einzige Gemeinderatspartei offensiv auf. Obwohl sie keine Lösungsvorschläge anzubieten und den Kürzungen zugestimmt hat ist die Gefahr groß, dass sie vom Skandal profitiert, wenn das Thema nicht von Linken aufgegriffen wird.

Bei den regelmäßigen AktivistInnentreffen & Mobilisierungskundgebungen bekamen wir viele positive Rückmeldungen von Menschen aller Altersschichten. „Warum sollen wir für die Fehler der SP bezahlen?“ fragte sich zu Recht ein Jugendlicher bei einer Aktion am Taubenmarkt. Viele sind der Meinung, man solle sich die Proteste in Griechenland oder Spanien zum Vorbild nehmen.

Im Herbst wird das Budget 2012 im Gemeinderat diskutiert. Neue, schärfere Kürzungen stehen bevor. Sie sind ein Frontalangriff auf den Lebensstandard der LinzerInnen. Deshalb müssen wir uns gemeinsam gegen die Einschnitte wehren. Beschäftigte der Stadt, Lehrlinge, SchülerInnen, StudentInnen & Arbeitslose brauchen ein gemeinsames Aktionsprogramm gegen die Kürzungen. Wir müssen klarmachen: Linz zahlt nicht für eure Krise! **Flo Klabacher**

**14. September: Demo gegen Kürzungen in Linz**



## Gmundner geht baden

Seit drei Jahren versucht der Großunternehmer Asamer, ein Luxushotel auf dem jetzigen Badeplatz des

Projekt Lacus Felix. Wir werden immer wieder von Badegästen angesprochen, ob es schon neue Ent-

ohnein schon gestorben sei. Doch wir können uns nicht in Sicherheit wiegen und werden auch diesen

## Die Bereitschaft ist groß, Widerstand gegen die Verbauung des Badeplatzes zu leisten

Seebahnhofgeländes zu bauen. Die Gemeinde verscherbelte einen Teil des öffentlichen Badeplatzes, um ein Zehntel des üblichen Preises und natürlich ohne die Betroffenen zu fragen. Wegen des anhaltenden Widerstandes und fehlender Bewilligungen wurde der Baubeginn immer wieder verschoben.

Letztes Jahr machte die SLP eine erfolgreiche Kampagne gegen das

wicklungen oder Aktionen gegen das Hotel gäbe. So meinte ein etwas älterer Badegast kürzlich: „Ich bin zwar kein Gmundner, aber wenn ihr eine Demo oder eine Aktion gegen den Bau dieses Hotels macht, dann könnt ihr mit mir rechnen.“ Ein anderer Seebahnhof-Fan meinte: „Macht ihr eine Demo, da bin ich dabei!“

Einige sind der Meinung, dass das Projekt

Herbst Aktionstreffen anbieten – auch weil es Informationen gibt, dass im Herbst begonnen werden soll. Wir wollen all jene organisieren, die gemeinsam gegen den Hotelbau was machen wollen.

Beispiele wie Stuttgart 21, wo 100.000e wöchentlich gegen den Bau des unterirdischen Bahnhofs demonstrieren, zeigen, wie man gemeinsam erfolgreich sein kann. **Lisa Wawra**



## Steiermark: Plattform 25 veranstaltet Konferenz

Im vergangenen halben Jahr haben steirische Beschäftigte und KlientInnen des Sozialbereichs eindrucksvoll ihren Unmut über das inzwischen durchgesetzte Sparpaket der SPÖVP-Koalition bekundet. Nun sind neue Schritte geplant.

Von 21.–23.10. findet eine Konferenz der Plattform 25 in Graz statt. Dieses von der SLP initiierte Treffen soll der Vernetzung innerhalb Österreichs sowie der Erfahrungssammlung

anhand von internationalen Beispielen dienen. Je konkreter Aktionen und Widerstand auf der Konferenz geplant werden, umso größer die Chance auf Erfolg. Die SLP schlägt daher z.B. (öffentliche) Betriebsversammlungen, eine BetriebsrätInnenkonferenz aber auch Streiks der einzelnen Bereiche vor. Die Konferenz kann mit einer starken Demonstration beginnen um klar zu machen: Wir reden nicht nur!

## Termin des Monats

### Sarrazin aus Graz verjagen!

Der ÖVP-Bauernbund holt den deutschen Hetz-Autor Sarrazin nach Graz. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ will die Unterlegenheit von Muslimen beweisen. Sarrazins Rassismus hilft bei Angriffen auf soziale Rechte, macht Sacha Stanicic (CWI Deutschland) in seinem Buch „Anti-Sarrazin“ klar. Die SLP, Sascha und andere AntifaschistInnen werden gegen Sarrazin protestieren.



**Proteste** gegen Sarrazins Auftritt in Graz **29./30. September**  
Mehr auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

Wenn „aufgebrelzte“ B- und C-Prominente sich in der Hofstallgasse vor dem Festspielhaus tummeln, Straßenbauarbeiten nicht mehr in der Altstadt sondern nur noch in den Wohngebieten den Verkehr aufhalten und die Preise in der Gastronomie explodieren, dann weiß der/die SalzburgerIn: es ist wieder Festspielzeit.

Die künstlerische Qualität der Aufführungen war auch im Sommer 2011 auf höchstem Niveau. Mozart, Strauß, etc. wurden meisterhaft inszeniert. Die Zahl derjenigen, die sich die Stücke auf der Bühne anschauen konnten war allerdings sehr gering. Eine Karte für Mozarts Oper „Don Giovanni“

## Rote Seitenblicke

war für 225 bis 370 Euro zu erstehen. Für BezieherInnen der Mindestsicherung wäre dies schon die Hälfte des Monatsbudgets. So bleibt ein wichtiger Teil der Kunst und Kultur einer kleinen Elite vorbehalten, die unter sich bleiben will.

Während Stadt und Land Salzburg die elitäre „Hochkultur“ und Societyevents mit Millionenbeträgen subventionieren, müssen Initiativen junger Kulturschaffender ums Überleben kämpfen. Oft bleibt jungen SchauspielereInnen und RegisseurInnen nichts anderes übrig als sich mit einigen wenigen hundert Euro von Stadt und Land plus Werbeförderungen von Banken und Unternehmen zu begnügen. Dass gesellschaftskritische Stücke so kaum eine Chance haben aufgeführt zu werden ist klar. Was sich nicht im elitären „hochkulturellen“ Rahmen bewegt hat in Salzburg kaum eine Chance. Kritik am bestehenden System ist nicht erwünscht. Jean Ziegler wurde als Eröffnungsredner wieder ausgedient.

# Rapid nach dem Sturm

Management versucht Publikum auszutauschen und Fans zu kriminalisieren

Nachdem am 22. Mai während des Wiener Derbys einige Hundert Rapid Fans den Platz gestürmt hatten, folgte eine massive Diffamierungskampagne in den Medien gegen Fußballfans, gefolgt von Hausdurchsuchungen und Strafverfolgung.

Für den Platzsturm gab es unterschiedliche Gründe, darunter die schlechte sportliche Lage des Clubs sowie auch eine lange Verkettung unbeliebter Entscheidungen der Vereinselite. Der Platzsturm wird innerhalb der Rapid Fanszene durchaus selbstkritisch gesehen. Nicht zu entschuldigen ist das gegenseitige Bewerfen mit pyrotechnischen Gegenständen, wie es Einzelne aus beiden Fanlagern während der Ereignisse taten.

Der Platzsturm war spontan und nicht organisiert. Das Gerede in den Medien von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die angeblich durch „Hassgrie-



chen“ orchestriert wurden, ist nicht nur rassistisch. Es verhöhnt auch Menschen in Ländern, die wirkliche Bürgerkriegsszenarien durchleben müssen.

Der Platzsturm lieferte Bilder, die nun Vorwand für Repressalien sind. Immer wurde auch auf die

Familien hingewiesen, in deren Interesse man bei Rapid aufräumen müsse. Natürlich sollen alle Altersgruppen ohne Gefahr ins Stadion gehen können!

Gefahr ging am 22. Mai allerdings eher durch wahllos gesprühtes Tränengas der Polizei aus.

Hier kann man auch sehen, was Jugendliche in Österreich erwartet wenn sie über die Stränge schlagen oder sich z.B. gegen die Kürzungspolitik der



Regierung wehrt: Wegen einer Aktion bei der kein Mensch verletzt wurde, laufen Strafverfahren gegen Fans, die diese ins Gefängnis bringen und Existenzen zerstören können.

Rapidfans haben sich in der Initiative „United We Stand“ zusammenschlossen, um gegen diese Maßnahmen zu protestieren und wieder einen Dialog mit dem Verein zustande zu kriegen. Fangruppen fürchten berechtigterweise, dass bei Rapid die Sozialstruktur der Fans ausgetauscht, also nur noch zahlungskräftiges Publikum angelockt werden soll. So etwas darf nicht Schule machen! Fans aller Clubs müssen ihre Rivalitäten beiseite legen und notfalls gemeinsam gegen solche Maßnahmen vorgehen.

**Christian Bunke**

## Politische Menschen – politische Musik

**Vorwärts-Zeitungsfest:** Drei der KünstlerInnen erklären, wie politisch ihre Kunst ist.

**Holger Burner:** „Musik kann ein gutes Mittel sein, um Ideen und Vorschläge zu transportieren und auf Missstände aufmerksam zu machen. Oder auch dazu, sich mal den Akku für den Klassenkampf wieder aufzuladen. Aber die entscheidenden Veränderungen werden immer noch durch Widerstand erkämpft und Bewusstsein verändert sich v. a. durch Bewegung und nicht durch schlaue Texte.“

**Sebastian Kugler** von Siebenschläfer: „Unsere Musik ist nur implizit politisch. Sie beschäftigt sich mit Unsicherheit und Enttäuschung, Phänomene also, die ich in direktem Zusammenhang mit der Entfremdung vom Menschen im Kapitalismus sehe. Insofern beschreibt unsere Musik die indirekten Auswirkungen des Kapitalismus auf den/die Einzelnen.“

**Laura Rafetseder:** „Alles ist politisch. Und zwar weil die Dinge, die man will, im Kapitalismus nicht immer umsetzbar sind und an die einen oder anderen Grenzen stoßen, anecken an der Gesellschaft in irgendeiner Art und Weise. Musik kann was zutiefst revolutionäres haben, wenn sie die Dinge ausdrückt, die die Menschen fühlen, z.B. Wut über die Zustände in dieser Gesellschaft.“



# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Die tägliche Katastrophe

# Bildungssystem

**Jedes Jahr** wird zu Schul- und Unibeginn die Krise der Bildungspolitik deutlicher sichtbar. Die etablierten Parteien versuchen, weiterzuwurscheln, während das Bildungssystem im Chaos versinkt. Es fehlt an allen Ecken und Enden – und ernstzunehmende Ver-

der nächsten zwei Jahre 35.000 neue Betreuungsplätze geschaffen werden, um den Bedarf annähernd zu decken. In den Einrichtungen gibt es meist Betreuungsschlüssel von 1 zu 15 (also einE PädagogIn pro 15 Kinder) oder höher. So ist es unmöglich, sich genügend um die Ent-

des *Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung*“ muss zugeben: „Das österreichische Bildungssystem erweist sich auf Grund seiner frühen Selektion und mangelnden Durchlässigkeit als wenig flexibel und stark aufstiegshindernd.“ Wer auf die AHS darf, ent-

Wer das Glück hat, eine Lehrstelle zu finden, lernt nicht das, was ihn/sie interessiert – sondern das, was da ist. Heute gibt es ein Drittel weniger Lehrstellen als 1980. Die Hälfte aller Lehrlinge müssen neben der Berufsschule Überstunden schieben, 14,8% der Lehrlinge sogar bis zu 15 Überstunden pro Monat. Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und, wenn sie nichts mehr bringen, entsorgt. Im Tourismus werden 40% der Lehrlinge nach der Probezeit gekündigt. Zusätzlich cashen die Unternehmen Förderungen wie den „Blum-Bonus“ ab.

Wer es an die Uni schafft, erreicht dort aber nach all den Strapazen nicht das Paradies der freien Bildung: Die Situation an Universitäten ist die konsequente Fortsetzung der Bildungskatastrophe auf allen Ebenen. „Überfüllte“ Studiengänge sind die Fol-

ge von fataler Unterfinanzierung und Personalmangel. Und die Zeit, in der ein Studium einen fixen Job bedeutet hat, sind vorbei. Im *Standard.at* Forum schrieb jemand zynisch, er freue sich über all die TaxifahrerInnen mit psychologischer Ausbildung. 62% der Studierenden müssen arbeiten, um sich ihr Studium zu finanzieren.

Das Establishment, seine „Bildungs“ministerInnen und „ExpertInnen“ haben kläglich versagt. In der Bildungsdiskussion kommen die wahren ExpertInnen – SchülerInnen, Lehrlinge, Studierende, Lehrende... nicht zu Wort. Überall wird bereits von einem heißen Herbst geredet. Höchste Zeit, dass wir uns gemeinsam durch Proteste und Streiks in die Diskussion einmischen, denn wer kann besser sagen, was das Bildungssystem braucht, als die, die direkt damit zu tun haben? **Sebastian Kugler**

## *Im Bildungssystem krankt es an allen Ecken – doch von der Politik sind keine Verbesserungen zu erwarten.*

besserungen sind von Politik und Wirtschaft nicht zu erwarten.

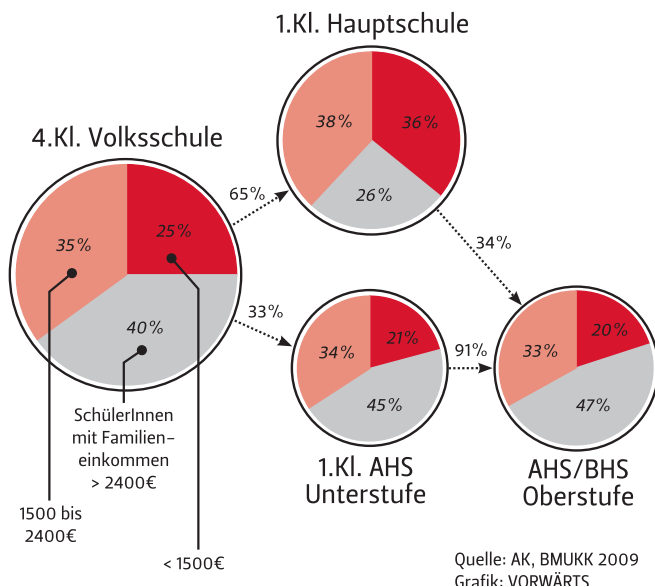
Die Krise des Bildungssystems beginnt nicht erst bei unterfinanzierten Unis oder chaotischen Schulen. Der Entwicklung von Kindern werden schon von Anfang an Steine in den Weg gelegt. Es fehlt an Krippen und Kindergärten. Nur 15,8% der unter 3-Jährigen haben einen Krippenplatz. Laut AK müssen innerhalb

wicklung der einzelnen Kinder zu kümmern. Dazu verdienen KindergärtnerInnen magere € 1.000,-. Ein/e ManagerIn verdient in Österreich durchschnittlich das 15-fache.

In den Schulen setzt sich die Bildungskatastrophe fort. Wer in der Volksschule nicht nur Einser hat, bekommt Probleme bei der Bewerbung fürs Gymnasium. Selektion in der Bildung ist soziale Selektion. Das „Weißbuch

scheidet meist der soziale Status: Je nach Region schwanken die Übertrittszahlen von Volksschule auf AHS zwischen 1% in armen und 70% in reichen Bezirken. Ein AkademikerInnenkind hat eine drei mal höhere Chance als ein ArbeiterInnenkind, an die Uni zu kommen. Heute erreicht nur ein Viertel der SchülerInnen einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern.

**Einkommen und Schullaufbahn**



**Zahlen & Fakten zur Bildungsmisere in Österreich**

**Es herrscht Mangel...**

- > an 18.000 Kinderbetreuungsplätzen für Kleinkinder
- > an 350.000 Plätzen in Ganztagschulen
- > an LehrerInnen – jetzt schon, und nicht erst in 5-10 Jahren, wenn Stellen durch Pensionierungen frei werden; lt ElternvertreterInnen rund 22%.

(Quelle: www.presse.com)

**Klassenschülerhöchstzahlen**

- > Offizielle Klassenschülerhöchstzahl: 25 SchülerInnen, offiziell auch bis zu 20% mehr, also 30
- > An AHS-Unterstufen sind häufig mehr SchülerInnen in einer Klasse: im Schuljahr 2008/09 ca. 54 % in den ersten AHS Klassen, in manchen sogar über 30 Kinder
- > Überschreitungen sind auch häufig in Privatschulen.

(Quelle: Rechnungshofbericht 2011 zur Klassenschülerhöchstzahl)

**Privatisierung der Kosten...**

- > Insgesamt 77 % der SchülerInnen müssen zusätzlich zu den Hausübungen täglich lernen, meist von den Eltern unterstützt
- > „Professionelle“ Nachhilfe nehmen 270.000 SchülerInnen in Anspruch
- > Das sind: 80 Mio. Stunden im Jahr – ein Gegenwert von 47.000 Vollzeitstellen

- > Das bedeutet finanziell: 127 Mio. Euro im Jahr, durchschnittlich 578 Euro in der HS, 831 Euro in der AHS
- > Weitere 70.000 benötigen Nachhilfe, erhalten diese aber nicht, weil das für die Eltern zu teuer wäre

**Dennoch...**

- > haben 9,3% der SchülerInnen bis zum 15. Lebensjahr eine Klasse wiederholt, was im Jahr 308 Mio. Euro kostet.
- > Zum Vergleich: Der Ausbau ganztägiger Schulformen kostet nur 240 Mio. Euro.

(Quelle: AK für Sie, 06/2011; www.diepresse.com)

**Lehre ist Ausbeutung**

- > Lehrlinge trauen sich oft nicht in Krankenstand zu gehen. ArbeitnehmerInnen hatten durchschnittlich 12,5 Krankenstandstage im Jahr 2009, Lehrlinge nur 4,5 Tage. Der Grund: 40,6% fürchten sich, den Job zu verlieren.

**Ist es auf der Uni besser?**

- > 60 % aller Studierenden müssen arbeiten gehen, um sich das Studium zu finanzieren.
- > Studierende haben dennoch wenig Geld zur Verfügung: 46% müssen mit max. € 912,- im Monat auskommen.
- > Universitätsräte: 103 Delegierte, davon 43 Wirtschaftsvertreter, 1 ÖGB-Delegierter.

# Bildung ganz ganz anders

**Im kapitalistischen Bildungssystem geht es nur darum, möglichst optimale Arbeitskräfte zu züchten.**

**Der Mensch** ist ein neugieriges Wesen. Kleine Kinder freuen sich meist auf die Schule und lernen gerne. Junge LehrerInnen beginnen mit großen Plänen ihre Job und wollen die Kinder inspirieren. Nach wenigen Jahren sind beide meist verbittert und enttäuscht.

of the Fittest“. Wer nicht konkurrenzfähig ist, weil er/sie aus einer armen Familie kommt, besondere Bedürfnisse hat, etc. hat kaum eine Chance.

**Die Propaganda**, dass Konkurrenzdenken und Notensystem Lernende zu besseren Leistungen bringen

Dass dieses Konkurrenzsystem die Menschheit nicht weiterbringt, ist heute offensichtlich: Billionen Euro verschwinden im Schwarzen Loch von „Bankrettungspaketen“ und „Rettungsschirmen“, ganze Staaten stehen vor dem Bankrott. Menschen können nicht frei aussuchen, was sie arbeiten wollen, sondern werden durch Launen der Märkte in Sparten rein- und rausgedrängt.



**SLP-Bildungsprogramm**

48 Seiten, DIN A5, € 4,-  
**Bestellungen unter [www.slp.at](http://www.slp.at)**

**Muss Lernen** unangenehm sein? Muss Wissen erzwungen werden? Muss Schule scheiße sein?

Wie Bildung vermittelt wird, was wie gelernt und gelehrt wird, hängt immer vom jeweiligen Gesellschaftssystem ab. Der Kapitalismus ist ein System der Konkurrenz. Staaten, die Kriege um Öl führen, Großkonzerne, die das Monopol in ihrem Segment an sich reißen wollen, usw. Ein System das auf Konkurrenz basiert, braucht Menschen, die konkurrieren. Logisch, dass wir da alle zur Konkurrenz erzogen werden. Wir sehen das überall im Bildungssystem: Kinder, die nach der Volksschule in „gute“ GymnasialtInnen und „schlechte“ HauptschülerInnen eingeteilt werden. Wir werden bestraft, wenn wir bei Tests oder Schularbeiten helfen wollen. Knock-Out Prüfungen an den Universitäten, ein „Survival

gen ist Humbug. Der ständige Stress, mit Schularbeiten, Tests, und sogenannten „Lernzielkontrollen“, führt nicht dazu, dass sich die Lernenden entfalten und ihre Fähigkeiten erweitern. Sie können nur zum Zeitpunkt x das Stoffgebiet y runterzitiieren. Studien zeigen regelmäßig auf, wie erschreckend wenig Erwachsene noch von ihrer Schulbildung wissen. Lernen im Kapitalismus ähnelt einer Essstörung: Mensch frisst Wissen in sich hinein, um es dann zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder rauszuwürgen. Mehr wird von uns im Kapitalismus ja auch nicht gebraucht, wir sollen so viel können, wie von uns in jeweiligen Jobs verlangt wird.

Das Bildungssystem ist weniger dazu da, uns Wissen zu vermitteln, sondern viel mehr um uns an die Spielregeln des Kapitalismus zu gewöhnen.

**Die SLP kämpft** für eine Gesellschaft, in der nicht die Konkurrenz vorherrscht. Eine Gesellschaft, in der das, was alle betrifft, auch allen gehört. Eine Gesellschaft, in der jeder jeden Aspekt seines/ihrer Lebens mitbestimmen kann. Eine Gesellschaft, in der gemeinsam und demokratisch produziert und nicht gegeneinander und diktatorisch produziert wird. Diese Gesellschaft nennen wir Sozialismus.

Klar, dass in einem System, das nicht auf Konkurrenz, sondern dem Zusammenspiel der Menschen aufbaut, auch das Bildungssystem anders aussieht. Wie genau ein sozialistisches Bildungssystem aussehen würde, kann niemand vorhersagen. Aber die gesellschaftlichen Grundbedingungen wären erstmals gegeben, um die Entfaltung des menschlichen Individuums zu ermöglichen.

In einer Gesellschaft, in der der Reichtum nicht in die Luxuswagensammlung des Sultans von Brunei oder die Orgien Berlusconi fließt, ist ge-



nug Geld da, um flächen- deckende Kleinkinderbe- treuung zu garantieren. Diese wird nicht nur von einer/m überarbeiteten PädagogIn geleitet, son- dern von einem großen Team aus gut ausgebilde- ten PädagogInnen. In den Schulen kann gemeinsam

Durch die Aufhebung der Trennung von „Hand“- und „Kopf“-Arbeit könn- ten SchülerInnen inner- halb ihrer Schulbildung auch handarbeitliche Flä- chenberufe erlernen, Ex- kursionen wären nicht der Ausbruch aus dem faden Schulalltag, sondern eine

leisten könnten. Erfolgrei- che Konzepte würden sich ausbreiten, weil die best- mögliche Lernatmosphäre im Mittelpunkt steht und nicht die Aufrechterhal- tung von gesellschaftli- chen Klassen.

Klar ist, dass so eine Ge- sellschaft nicht vom Him-

## In einer sozialistischen Gesellschaft ist die Entfaltung all unserer Fähigkeiten überhaupt erst möglich.

gelernt werden – weg ist die strikte Trennung in „Lehrende“ und „Lernende“. Demokratie wird auf allen Ebenen zum Prin- zip. Vom Speiseplan über den Lehrplan bis zur Farbe der Wände – Alle Betroffe- nen können demokratisch entscheiden und gestalten. Erstmals können alle an Bildung teilhaben. Men- schen mit besonderen Be- dürfnissen, die heutzuta- ge als „Behinderte“ gelten, werden nicht in Sonder- schulen abgeschoben. In jeder Klasse werden Schü- lerInnen mit besonderen Bedürfnissen von ihren MitschülerInnen unter- stützt. MigrantInnen hät- ten endlich die gleichen Chancen wie „Einheimi- sche“. Unterschiedliche Herkunft würde den Un- terricht bereichern statt behindern, weil sich die Kinder ohne Leistungs- druck mit anderen Kultu- ren und Sprachen vertraut machen können. Die Bil- dungseinrichtungen wä- ren aber keine abgehobe- nen Elfenbeintürme, sie würden eng mit der Ge- sellschaft verbunden sein.

regelmäßige Praxiserfah- rung für die Lernenden. Überhaupt würde „Schu- le“ nicht mehr einfach in einem Gebäude stattfin- den, sondern überall, wo es etwas zu lernen gibt.

**Alternativen?** In einer an- deren Gesellschaft könn- ten die Menschen tatsäch- lich ihr Leben lang lernen – Eine Verteilung der ge- sellschaftlich notwendi- gen Arbeit könnte die täg- liche Arbeitszeit beim ak- tuellen Stand der Technik auf 4 Stunden täglich oder gar noch weniger reduzie- ren. Es wäre genug Frei- zeit da, um sich umfas- send weiterzubilden.

Dass all das keine illusori- schen Utopien sind, zeigt die Realität. Es gibt Schu- len ohne Noten, Integrati- onsklassen und Schulen, in denen die SchülerInnen mitbestimmen, was ge- lernt wird. Zurzeit sind es Schulversuche, Ausnah- men, die meist an teuren Privatschulen stattfin- den. Im Sozialismus wä- ren diese Ausnahmen die Regel. Es gäbe keine Pri- vilegien für die, die es sich

mel fallen wird. Besonders jetzt, in Anbetracht ei- ner kapitalistischen Kri- se, deren ungeheure Aus- maße noch unklar sind, ist die Frage einer anderen Gesellschaft brennender denn je. Bewegungen, die sich gegen die kapitalisti- schen Verhältnisse rich- ten, tragen somit auch zur Befreiung des Bildungs- systems bei. Während der „UniBrennt“-Bewegung 2009, die sich gegen die unhaltbaren Studienbe- dingungen zur Wehr setz- te, kam es im Rahmen der besetzten Hörsäle zu al- ternativen Vorlesungen und Seminaren, wo al- le mitmachen konnten. Überall auf der Welt gibt es aktuell massiven Wi- derstand gegen die Aus- wirkungen des Kapitalis- mus. Die SLP ist mit ihren Schwesterorganisationen in 45 Ländern der sozia- listische Teil in den ver- schiedenen Bewegungen – unser Ziel ist der Sturz des Kapitalismus und eine wirklich freie und demo- kratische Gesellschaft.

**Sebastian Kugler**

## **Marx aktuell**

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. [...] Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herr- schenden materiellen Verhältnisse, die als Gedan- ken gefassten herrschenden materiellen Verhält- nisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klas- se zur herrschenden machen, also die Gedanken ih- rer Herrschaft.“ Aus Karl Marx / Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie (1845/46)

Damit ist gemeint, dass die Überzeugungen, An- sichten und Moralvorstellungen, die vorherrschen, die Überzeugungen, Ansichten und Moralvorstellun- gen der Elite sind, die diese Gesellschaft beherrscht.

## „Was Hänschen nicht mehr lernt...“

Ein zentraler Kernpunkt der herrschenden Ideologie ist, dass es angeblich keine Alternative zum Kapital- ismus gibt, weil der Kapitalismus das einzig funk- tionierende Wirtschaftssystem sei. „Es gibt nichts besseres, wir haben nichts besseres...“ das ist mehr oder minder die Linie, die den Menschen schon in der Schule vorgegeben wird. „Was Hänschen nicht lernt lernt Hans nimmermehr“ drückt schön aus, warum das Bildungssystem so wichtig und so ein umstrit- tener Schauplatz der Auseinandersetzung ist. Bereits in der Schule lernen wir, dass der Kapitalismus zwar nicht perfekt ist, aber es leider keine Alternative da- zu gibt. Ein weiteres Element ist „wir sitzen alle im selben Boot“, also das Unternehmen, Politik und Ich dieselben Ziele hätten. Dass es Klassegegensätze und genau entgegengesetzte Interessen gibt wird verleug- net. Diese „herrschende Ideologie“ bekommen wir ständig und auf allen Ebenen verpasst. Teilweise nett verpackt, aber der Inhalt bleibt gleich. So wird zwar heute zugegeben, dass der Kolonialismus (mit)schuld an der Armut in Afrika ist, als Lösung wird aber „Hil- fe“ und nicht ein Sturz des Systems das die Ausbeu- tung schafft vorgeschlagen. Angesichts der ständi- gen ideologischen Berieselung ist es schwer, sich die- ser Meinung zu entziehen. Um sich seine eigene Mei- nung bilden zu können, muss Mann oder Frau in der Lage sein, sich kritisch mit Dingen auseinanderset- zen und sie von allen Seiten beleuchten. Das der Ka- pitalismus nicht alternativlos ist und es in Form einer demokratisch geplanten Wirtschaft, namentlich dem Sozialismus, einen Ausweg für Mensch und Natur gibt – das ist ebensowenig Teil des Lehrplanes, wie wirk- lich kritisches Hinterfragen.

Dass z.B. die bürgerlich-parlamentarische Demo- kratie, eine äußerst beschränkte Demokratie ist, wird in Schule oder Studium nur selten angesprochen. Durchaus realitätsnah ist die undemokratische Pra- xis die wir im Bildungswesen nebenbei mitlernen. Von oben wird bestimmt und Fehlverhalten bestraft. Demokratie wird gepredigt, aber nicht gelebt – ganz so wie auch im Betrieb und im Staat. Wir bekommen also nur ein hohles Ideal vorgesetzt. Wir lernen tat- sächlich „fürs Leben“ – wo unser Platz angeblich ist, welche Ungerechtigkeiten „halt so sind“ und dass wir daran „eh nichts ändern können“. Da die herrschende Ideologie, die Ideologie der herrschenden Klasse ist, können wird Inhalt und Methoden des Bildungswes- ens letztendlich auch nur in einer anderen, einer so- zialistischen Gesellschaft ändern.

**Georg Kumer**



# Bessere Bildung dank Volksbegehren?

**Die Situation** im Bildungswesen ist katastrophal. SchülerInnen und LehrerInnen gehen nach der Schule frustriert nach Hause, StudentInnen zwingen sich in überfüllte Hörsäle, viele Bildungsangebote kann man/frau

Viele Forderungen wie „Abschaffung von Sitzbleiben und ein Ende der Nachhilfe“, „Aufwertung des Lehrberufes“, „selbstständiges, kreatives Lernen“ oder für die „Erhöhung der öffentlichen Finanzierung

lohnt werden. Der Rest bleibt auf der Strecke. Und nur jene, die sich der Wirtschaft im Laufe des Studiums anbieten, werden gefördert. Der Rest muss selber schauen wie er/sie sein Studium finanziert und danach auf einen

Studienkredite sollen die Defizite der Unis stopfen und den Druck auf Studierende weiter erhöhen. Im Schulwesen werden vielleicht weitere Einsparungen bei den LehrerInnen die Folge sein. Sie sind im Kampf für echte Verbesserungen im Bildungswesen also kein Bündnispartner.

Banken“, der Slogan der Uniproteste 2009/10, trifft dabei den Nagel auf den Kopf. Die Frage nach Demokratie im Bildungswesen ist dabei auch wichtig – das Vokabel findet sich „zufällig“ in den Forderungen des Bildungsvolksbegehrens nicht wieder.

## *Gemeinsam mit neoliberalen Wirtschaftsvertretern werden wir nichts erreichen!*

sich nicht leisten und und und. Der Wunsch aller Beteiligten (SchülerInnen, StudentInnen, Lehrenden und Eltern) nach Veränderungen ist enorm. Das „Bildungsvolksbegehren“ wird von vielen als eine Möglichkeit gesehen, endlich was zu tun. Unterstützt wird es u.a. von einigen Wirtschaftsverbänden wie dem Wirtschaftsforum der Führungskräfte oder der Industriellenvereinigung (IV). Auf der Homepage [www.vbbi.at](http://www.vbbi.at) findet man allgemein formulierte Forderungen, die versuchen, möglichst viele Schichten anzusprechen. Doch was steckt wirklich hinter den Forderungen und dem Programm, das auch die AK, Teile der SPÖ und der Grünen unterstützen?

(der Universitäten) auf 2% der Wirtschaftsleistung“ klingen gut. Tatsächlich sind die Forderungen aber recht allgemein gehalten. Stutzig macht auch, WER es puscht und unterstützt. Wenn man/frau genauer hinschaut, dann sind zwei rote Fäden zu erkennen, die sich durchs Programm ziehen: Leistungsorientierung (gilt für Lernende und Lehrende) und die weitere Öffnung des Bildungswesen für die Wirtschaft. Das heißt im Klartext: Es geht nicht um Bildung an sich, sondern darum, Menschen als Arbeitskräfte für die Wirtschaft fit zu machen. Nur jene, die sich gegenüber den anderen durchsetzen können und dem Leistungsdruck von klein auf standhalten, sollen be-

Arbeitsplatz hoffen.

**Wenn das Volksbegehren** mehr Geld für die Unis fordert, sagt es nicht dazu, woher das Geld dafür kommen soll. Das ist aber die Kardinalsfrage! Angedeutet wird, dass die Wirtschaft nicht dafür aufkommen soll. Das ist nicht weiter verwunderlich, weil die diversen Wirtschaftsverbände in der Vergangenheit Steuererleichterung um Steuererleichterung für die Unternehmen und Reichen mit Hilfe der Regierungen durchsetzen konnte. Das Geld soll wieder einmal von den Betroffenen selbst kommen bzw. durch Sozialabbau beschafft werden, bei dem IV & Co. immer an vorderster Front dabei waren. Studiengebühren und

Einigkeit besteht darin, dass sich etwas ändern muss. Verständlich, wenn es angesichts des jahrelangen Herumwurschtelns die Hoffnung gibt, das Volksbegehren würde was ändern. Doch dafür wird ein Kreuzerl im November nicht reichen. 1997 unterzeichneten 11,17% der Wahlberechtigten das Frauenvolksbegehren. Bis jetzt wurden keine der Forderungen verwirklicht. Ein Volksbegehren kann auf ein Thema aufmerksam machen. Das ist beim Bildungsthema nicht mehr nötig. Doch Druck aufbauen kann es kaum.

Was wir brauchen ist ein Zusammenschluss von SchülerInnen, StudentInnen, LehrerInnen, Unibeschäftigten usw. die aus Sicht der Betroffenen und nicht der Wirtschaft ein Programm und einen Aktionsplan entwickeln. „Geld für Bildung statt für

Wo bleibt die Gewerkschaft, wenn es darum geht etwas zu verändern? Das Thema Bildung betrifft ALLE Gewerkschaftsmitglieder! Teile der Gewerkschaft unterstützen das Volksbegehren und signalisieren so der Mitgliedschaft, dass das reichen würde. Dampf ablassen durch eine Unterschrift anstatt Kämpfe organisieren ist leider die gängige Methode im ÖGB. Doch anstatt sich mit IV & Co ins Boot zu setzen sollte der ÖGB die eigene Basis mobilisieren und so echten Druck auf Regierung & Wirtschaft aufbauen. Um das zu erreichen müssen wir allerdings erst einen Kurswechsel im ÖGB erkämpfen. Wirkliche Verbesserungen im Bildungswesen können nur OHNE die IV und nur MIT dem gemeinsamen Kampf der Betroffenen erreicht werden.

**Margarita Döller**

## „Demos, Streiks und Besetzungen“

**Anfang August** kam es zu schweren Ausschreitungen in ganz England. Nach dem Mord der Polizei an einem 29-Jährigen explodierte der Frust englischer Jugendlicher über ihre soziale Situation und Polizeirepression. **Paul Callanan** ist Koordinator der Kampagne *Youth Fight For Jobs* (Jugend kämpft für Jobs- „YFJ“) in England. Er ist Mitglied der *Socialist Party*, der englischen Schwesterorganisation der SLP.

**Vorwärts:** Wie ist die soziale Situation von Jugendlichen in England?

**Paul:** Als wir 2009 die YFJ-Kampagne starteten gab es 750.000 arbeitslose Jugendliche. Nun sind es bereits über 900.000. Die Regierung will im öffentlichen Sektor weitere 750.000 Menschen feuern, darunter viele Jugendliche. Es gibt Attacken auf das Bildungssystem, die Regierung streicht das Schulgeld (EMA) komplett. Das bedeutet, viele können nicht mehr eine höhere Schule oder eine Berufsbildende Schule besuchen. Studiengebühren werden auf 10.000€ im Jahr erhöht. Niemand aus einer armen oder Mittelsstandsfamilie kann sich mehr leisten, zu studieren! Die Verantwortung für die Zerstörungen bei den Riots liegt bei der Regierung, die das Sozialsystem zerstört.

**V:** Was will YFJ gegen diese Missstände tun?

**P:** Die meisten, die nun von den Angriffen betroffen sind, wissen nicht, wie sie sich wehren können. Wir wollen diese Leute organisieren und gemeinsam mit Gewerkschaften gegen die Kürzungen kämpfen. Zur Gründung organisieren wir zum G20-Treffen eine Demo durch Londons Armenviertel. Das brachte viel Aufmerksamkeit. Im November 09 organisierten wir eine Jugenddemo mit über 2000 Leuten. 2010 hatten wir eine erfolgreiche Jugendkampagne gegen die rechtsextreme *British National Party*. Nun haben wir unser bisher größtes Projekt – den *Jarrow March* 2011.

**V:** Was ist der *Jarrow March* 2011?

**P:** Vor 75 Jahren marschierten Arbeitslose von Jarrow im Norden bis nach London, um gegen ihre Situation zu protestieren. Auch heute haben Jugendliche in diesem System keine Zukunft. Wir wollen mit arbeitslosen Jugendlichen diesen Marsch wiederholen, als Teil unseres Kampfes für echte und sichere Jobs und gegen ein System, das uns Jugendlichen nichts zu bieten hat. Die Riots sind verständlich, aber kein Ausweg – Wir setzen auf Demos, Besetzungen und Streiks.



## Braune Aliens in Wien?

**Am 8. Oktober** soll der 5. esoterische „*Bewusst Kongress*“ stattfinden, erstmals in Österreich.

schen Szene und Verharmloser des NS-Regimes. In seinem Buch „*Entwirrung*“ spricht er vom „Einfluss der

diesem „Kongress“ fallen werden.

Skandalöserweise hätte der Kongress am AKG

### Rechte Verschwörungstheoretiker pflanzen Esoterik-Kongress in Wiener Schule

Ein Treffen harmloser esoterischer SpinnerInnen? Das Programm beinhaltet „Geschichten über die Auferstehung von Atlantis“, etc...

Bei näherem Betrachten der ReferentInnen fällt aber auf, dass das keineswegs harmlose EsoterikerInnen mit kruden Theorien sind. Unter den OrganisatorInnen findet sich Jo Conrad, gut bekannt und aktiv in der rechten und antisemiti-

Juden auf ihre Wirtsländer“ und greift die Behauptung auf, Hitler sei durch jüdische Finanziers an die Macht gekommen. Das Tagebuch der Anne Frank bezeichnet er indirekt als Fälschung und Aussagen bei den Nürnberger Prozessen seien „aufgrund von Miss-handlungen und Falschaussagen von Zeugen zustande gekommen“. Es ist davon auszugehen, dass solche Aussagen auch auf

Wien, einer öffentlichen Schule, stattfinden sollen. Wir kontaktierten die Schule – Wenig später war zu lesen, dass der Ort des Kongresses wegen Beschwerden geändert werden muss. Die SLP wird weiter gegen diesen Kongress aktiv sein – Die Rechten werden keinen Platz haben, sich zu treffen. Weder in einem Festsaal noch in einem Hinterzimmer! **Yanna Ndiaye**



## Biedermann, Brandstifter, Baseballschläger

**Während der Riots** in England organisierten sich viele AnwohnerInnen, um sich gegen Plünderungen zu wehren. Das ist ihr gutes Recht, immerhin wurden bei den Riots viele kleine Geschäfte und Wohnhäuser angezündet. Das traf Menschen, die nicht an der Misere schuld sind. Aber Rechtsextreme nutzten das für sich. Die faschistische *British National Party* (BNP) und die nicht minder gefährliche *English Defence*

*League* (EDL) versuchten, sich als Beschützer der „weißen Arbeiterklasse“ aufzuspielen. Sie patrouillierten mit Baseballschlägern durch die Stadt und griffen wahllos migrantische Jugendliche an. Die *Socialist Party* in England unterstützte die Selbstorganisation der Menschen, argumentierte aber gleichzeitig für einen entschiedenen Kampf gegen Rassismus, um EDL und BNP zurückzutreiben.

## Fundstück des Monats



### Der reiche Mann auf dem Meer

**Der russische Milliardär Roman Abramowitsch** hat's auch nicht leicht. Sein Fußballverein *Chelsea FC* weigert sich beharrlich, die *Champions League* zu gewinnen, und jetzt kann er nicht einmal mehr an der *Cote d'Azur* anlegen. Warum? Mit 162,5m ist seine Yacht zu groß für die Häfen. Armer, armer Roman.



# Warum ist Berlusconi noch an der Macht?

**Italien** hat in den letzten Monaten Aufsehen erregt: Während sich die wirtschaftliche und soziale Situation verschlimmert, ist Berlusconi damit beschäftigt, seine Haut zu retten. Er scheut nicht davor zurück, ParlamentarierInnen

AC Milan, sowie Bau- und Immobilienfirmen. Aber sein Reichtum ist nicht der Hauptgrund. Der wirkliche Grund ist die Schwäche der Opposition. Sie ist unfähig, eine Alternative zur Politik Berlusconis anzubieten. Die groß-

der USA unterstützt und der USA erlaubt, ihre Militärbasen in Vicenza - trotz des Widerstands einer Bevölkerungsmehrheit - auszubauen. Kurz: Sie hat Politik für die Bosse umgesetzt. Die Linke in Italien hätte sich in den letzten

der ArbeiterInnen. Das hätte eine Ablehnung jeder Koalition, die Politik für die Bosse umsetzt, bedeutet - sowohl auf lokaler wie nationaler Ebene.

Am 15. Juli wurde die härteste Attacke auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse der letzten 20 Jahre vom italienischen Parlament verabschiedet. Sie beinhaltet Kürzungen im Gesundheitswesen, die Einführung von Selbsthalten von 25 Euro, die Privatisierung des Roten Kreuzes, eine Anhebung des Pensionsalters, ein Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst für ein Jahr und Kürzungen bei den Kommunen. Hintergrund sind die Angriffe der Finanzmärkte gegen das Land in den letzten Monaten. Es beinhaltet folglich eine Verpflichtung, die Verschuldung zu senken. Die Schulden Italiens stehen bei 120% des BIP - Italien ist damit viertgrößte Schuldnerin der Welt. Dieses Kürzungsdiktat der Finanzmärkte wurde mit Unterstützung der „Opposition“ und des Bundespräsidenten und ehemaligen KPLers und jetzigen PDlers Giorgio Napolitano durchgesetzt.

Das Kürzungsprogramm muss mit einem radikalen antikapitalistischen Programm zurückgeschlagen werden! Es gibt in Italien keine politische Kraft, die als Faktor in die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse eingreifen kann. Kämpfe gibt es aber genug: jenen der FIOM (MetallarbeiterInnen-Gewerkschaft der CGIL) bei Fiat oder den heroischen Kampf in Val di Susa gegen den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke. Controcorrente (CWI in Italien) tritt für eine unabhängige Organisation ein, um zu verhindern, dass wir für die Krise bezahlen müssen. Aus diesem Grund ruft das CWI in Italien zum Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche auf, um diese Kämpfe zu stärken und zu koordinieren. Eine solche Partei müsste ein Programm vertreten, das die Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse vor die Profite einiger weniger UnternehmerInnen stellt.

**Giuliano Brunetti** ist Mitglied von Controcorrente, CWI Italien

## Die ArbeiterInnen in Italien brauchen eine neue Partei um die Angriffe zurück zu schlagen.

nen zu kaufen, um seine fragile Mehrheit abzusichern. Für Nicht-ItalienerInnen mag es schwer zu verstehen sein, wie ein Medientycoon und Zementunternehmer mit kriminellem Background die italienische Politik der letzten 20 Jahre so dominieren konnte. Sein Sündenregister umfasst Sexskandale, Korruption, Bestechung, sowie direkte oder indirekte Unterstützung von Vertretern des organisierten Verbrechens. Warum ist Berlusconi immer noch an der Macht? Ein Element ist sicher die Macht seines Medien- und Finanzimperiums: Dazu zählen 350 Unternehmen, u.a. Mondadori ACI SRL Publishing, Banca Mediolanum SpA, Fininvest, Mediaset, der

te „Oppositions“partei ist die aus sozialdemokratischer Tradition stammende Demokratische Partei (PD). Sie hat es stets vermieden, eine Massenbewegung gegen diese Politik aufzubauen. Stattdessen umwirbt sie, wie die Regierung, die Bosse und die Mittelklassen.

Die Rifondazione Comunista (PRC) als Vertreterin der radikalen Linken hat ihre Glaubwürdigkeit durch die Unterstützung der PD-Regierung und deren neoliberaler Politik eingebüßt. Auf Wahlebene wurde sie de facto ausgelöscht - sie verlor bei den letzten Wahlen alle Parlamentssitze. Die zweite Regierung Prodi, an der die PRC beteiligt war, hat weiter das Sozialsystem abgebaut, Militäreinsätze

Jahren als echte Alternative zur neoliberalen Politik der Mitte-rechts und Mitte-links Regierungen präsentieren können - aber sie hat sich der PD untergeordnet. Die PRC hätte sich vor dem Hintergrund der Krise als eine Partei etablieren müssen, die unerschütterlich für die Rechte von ArbeiterInnen und Jugendlichen kämpft. Das hätte ein kämpferisches Programm verlangt, das offensive Forderungen zur Verteidigung von Jobs, Löhnen und Sozialleistungen beinhaltet und den Kapitalismus in Frage stellt. Ein solches Programm müsste die Verstaatlichung von Banken, Finanzinstitutionen und Konzernen beinhalten, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung

## Tunesien: Wie geht es weiter?

**Ben Ali ist weg**, aber die Revolution hat in Tunesien noch nicht gesiegt. Ein Interview mit linken AktivistInnen aus Tunesien, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben müssen.

*Wie hat sich das Leben geändert?*

**A:** Wenn man sich vor der Revolution über Politik unterhalten wollte, musste man einen sicheren Ort in irgendeinem Lokal oder Cafe finden, wo man sich leise flüsternd und immer in Angst vor Polizeiagenten austauschen musste. Nun versuchen schon fünfjährige Kinder genau zu verstehen, was um sie herum vorgeht und reden über Politik!

**J:** Die neu gewonnene Meinungsfreiheit lässt z.B. die politische Diskussionskultur sprießen, aber der revolutionäre Prozess ist noch nicht abgeschlossen: Das System, das Ben Ali geschützt hatte, ist immer noch an der Macht, und alles, was am 14. Januar [der Tag, an dem Ben Ali floh] gewonnen wurde, ist dadurch in Gefahr und kann jederzeit wieder verloren werden.

*Was sind die Themen dieser Diskussionen?*

**G:** Das Establishment versucht alle Diskussionen in eine technische Richtung zu drängen, also z.B. über das Wahlsystem, oder sie versuchen einen Konflikt

zwischen Säkularismus und Islamismus zu beschwören. Die Haupt Sorgen der Menschen bleiben soziale Fragen wie die hohe Arbeitslosigkeit, und an diesen Punkten versuchen auch wir anzusetzen.

**A:** Schon während der Diktatur spielten MarxistInnen eine gewisse Rolle. In jedem Kampf, der sich gegen das Regime entwickelte, haben sie aktiv und offen z.B. für die Freilassung von politischen Gefangenen agitiert, oder für gewerkschaftliche Rechte und den Kampf gegen die Bürokratie. Deswegen genießen sie viel Respekt als ernsthafte KämpferInnen.

Wir fordern, dass die Schulden nicht zurückgezahlt werden, die Verstaatlichung von Banken & Medienkonzernen. Außerdem natürlich die Vergesellschaftung des gesamten Vermögens und aller Firmen, die in den Händen des Ben Ali/Tرابلسi-Clans waren, die 49% der gesamten Wirtschaftsleistung Tunesiens ausmachen. Das wäre ein entscheidender Schritt hin zu einer sozialistischen Planung der Wirtschaft, in Verbindung mit demokratischer ArbeiterInnenkontrolle über die Produktion.

**Das Interview** führten **Stefan Müller** und **Sedef Yavuz**.



## Gaddafi & Ölmultis enteignen!

**Die Tage des Gaddafi-**Regimes scheinen gezählt. Ende August gelang es den libyschen Rebellen, in Tripolis einzumarschieren. Klar ist, dass die Nato kräf-

Revolution begann, zögerte der Westen. Erst als der Nationale Übergangsrat die Führung übernahm und dem Westen den Zugriff aufs Öl sicherte, „un-

ner neuen/alten Elite und auch nicht ausländischen Ölkonzernen. Notwendig ist die demokratische Verwaltung und Kontrolle des Öls durch gewerkschaftli-

## Demokratie entsteht aus lokalen Strukturen, nicht durch Übergangsrat und Nato

tig mithalf. Doch bedeutet das, dass die imperialistischen Länder Freunde der Demokratie sind? Natürlich nicht! Sämtliche Staatsoberhäupter der Industriestaaten unterstützten bis vor kurzem die Diktaturen im Nahen Osten. Noch 2010 schloss die EU einen Pakt mit Gaddafi, bei dem er über drei Jahre 50 Mio. Euro für das Fernhalten von Flüchtlingen erhalten sollte. Als die

terstützten“ Nato, EU und UNO die Rebellen.

**Die Zukunft ist offen.** Die berechtigte Angst vor imperialistischer Ausbeutung gibt Gaddafi eine gewisse Basis – es kann zu einem BürgerInnenkrieg kommen. Doch weder Gaddafi noch Nato & Co. können die sozialen Probleme lösen. Der Ölreichtum gehört weder dem Gaddafi-Clan, noch ei-

che und Basis-Strukturen von ArbeiterInnen und regionalen Strukturen. Der Kampf gegen Gaddafi und der Zusammenbruch des Regimes lassen verschiedenste regionale, lokale und gewerkschaftliche Strukturen entstehen. Sie – und nicht ein vom Westen gesteuerter Übergangsrat – sind die Basis für ein künftiges demokratisches Lybien.

**Lukas Kastner**

## Israel: Gemeinsam kämpfen wie in Ägypten!

**Israel:** Seit Ende Juli formierte sich in Israel Protest gegen das Establishment. Es begann mit Zeltstädten und Demonstrationen von Sozial- und ChemiarbeiterInnen. Sie richteten sich gegen die Kluft zwischen Israelis und PalästinenserInnen bei der Bezahlung, gegen Privatisierungen und die Zerschlagung des Sozialstaates. Innerhalb weniger Wochen entwickelte sich daraus ein Massenprotest, der die Regierung immer mehr

ins Wanken bringt. Am 6. August demonstrierten über 300.000 im gesamten Land. Die Forderung nach einem Streik ist vehement und der Druck auf den israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut so groß, dass dieser zu Beginn die Forderungen unterstützte. Mavaak Sozialisti (CWI-Israel) tritt für einen 24h Streik und den gemeinsamen Kampf von Israelis und PalästinenserInnen ein.

[www.maavak.org.il/maavak](http://www.maavak.org.il/maavak)

## Irland zahlt nicht

**Irland:** Die jüngst eingeführte „household tax“ belastet Haushalte mit Abgaben von 100 Euro/ Jahr. 87% der Bevölkerung sind nicht bereit, diese zu zahlen, da sie es einfach nicht können. Zudem könnte sich die Höhe der Steuer schnell vervielfachen. Die Socialist Party (CWI-Irland) und ihr Parlamentarier, der rote Joe, rufen zum Boykott dieser extrem unsozialen Kopfsteuer auf.

[www.socialistparty.net](http://www.socialistparty.net)

## Demo gegen Lohndumping

**In Südafrika** gibt es seit 30. Juli Proteste gegen die Unterbezahlung von über Arbeitsagenturen beschäftigte (z.B.: Post: 192,92 statt 704,16 Euro). DSM (Democratic Socialist Movement/ CWI-Südafrika) organisierte mit der Gewerkschaft Cosawu und dem Thembelihle Crisis Committee eine Demo von 70 Erwerbstätigen gegen dieses Lohndumping, die breites Medieninteresse erhielt.

[www.socialistsouthafrica.co.za](http://www.socialistsouthafrica.co.za)

## CWI in TV-Debatte

**Russland:** In einer Fernsehdebatte über Gleichberechtigung von Homo-/Bi- und Transsexuellen kam deren „Vertreter“ einfach nicht. Doch Zhenya Otto vom CWI-Russland stieg aufs Podium und konterte den GegnerInnen. Es folgte ein weiterer TV-Auftritt gegen einen Chef, der einen Arbeiter wegen dessen Homosexualität feuerte. Hunderte interessieren sich nun für die Arbeit des CWI.

[www.socialistworld.ru](http://www.socialistworld.ru)

# Griechenland-Krise: Was tun GewerkschafterInnen?

Die Gewerkschaft Bau-Holz veröffentlichte Ende Juni eine Resolution unter dem Titel „Griechenland: Ja zu Hilfsmaßnahmen – Nein zu Schuldenerlass“. Vorwärts bat den Vorsitzenden der Gewerkschaft Bau-Holz, **Johann Holper**, um eine Stellungnahme. **Franz Neuhold** vom SLP-Bundesvorstand erklärt die Position der SLP.

## Nein zum Schuldenerlass

**Natürlich ist die** Wirtschaft- bzw. Finanzkrise in der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) ein brandheißes Thema und wird intensiv analysiert und diskutiert.

Beim GBH-Bundesvorstand im Juni waren die Vorkommnisse rund um Griechenland und die Probleme der Euro-Zone wichtige Themen. Im Beisein von Experten wurden mögliche Szenarien vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Nach konstruktiven Debatten und ausführlichen Beratungen haben wir uns als Gewerkschaft Bau-Holz entschlossen, gegen einen Schuldenerlass für Griechenland Partei zu ergreifen.

Das größte Risiko eines etwaigen Schuldenerlasses ist, dass es ab dem Zeitpunkt wo der sogenannte „haircut“ (kompletter Schuldenerlass) erfolgt, für Griechenland fast unmöglich wird, über den Finanz- und Kapitalmarkt liquide Mittel aufzunehmen. Das würde die letzte Glaubwürdigkeit in die griechische Finanzpolitik vernichten.

**Haircut?** Eine weitere Folge könnte sein, dass dieser „haircut“ auf weitere Länder der Euro-Zone eine beispielgebende Wirkung haben könnte: Warum sollten dann z. B. nicht auch Irland die Schulden erlassen werden? Die logische Folge wäre ein kompletter Zusammenbruch der europäischen Finanz- und Bankenwelt. Ohne Zweifel wären in diesem Horrorszenerario wieder

nur die Arbeiterinnen und Arbeiter „dran“. Dies kann und darf nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Die arbeitenden Menschen – egal ob in Griechenland oder Österreich – haben einen Anspruch auf die von Ihnen erwirtschafteten Werte. Zusätzlich würde ein Schuldenerlass die weltweite Privatisierungslawine wahrscheinlich weiter antreiben. Eines steht zweifelsfrei fest: Auch zukünftige Gläubiger werden von Griechenland Sicherheiten für ihre Kredite verlangen. Dieses Risiko, dann auch noch die letzten griechischen Vermögenswerte zu verlieren, ist den griechischen Arbeiterinnen und Arbeitern nicht zuzumuten.

Wir die Gewerkschaftsbewegung verstehen uns seit jeher als internationale, solidarische Gemeinschaft – und somit sind wir überzeugt, dass diese Systemkrise nur durch gemeinsame Anstrengungen und ein nachhaltiges Engagement von allen demokratischen Kräften zu meistern bzw. zu überwinden ist. Schlussendlich wäre das auch ein fatales Signal, vor allem an die junge europäische Bevölkerung – nach dem Motto „Alles egal – nach mir die Sintflut!“. Einen politischen Stil dieser Prägung können und wollen wir im Interesse aller nicht gutheißen.

**Johann Holper** Bundesvorsitzender der GBH



## Für die Enteignung der Superreichen

**In Griechenland** droht eine Halbierung der Durchschnitts-Löhne. Zwei Drittel der PensionistInnen erhalten weniger als 600 €. Die Arbeitslosigkeit trifft dauerhaft über 25% der Bevölkerung. Im Öffentlichen Dienst sollen 150.000 Jobs zerstört werden. Auf den Kündigungslisten stehen ganz oben v.a. Gewerkschafts-AktivistInnen. Dabei haben die ArbeiterInnen die Krise nicht verschuldet. Was soll eine Gewerkschaft in dieser dramatischen Lage tun?

Der Vorsitzende der GBH, Johann Holper, erkennt in der besagten Resolution zwar an: „Die ArbeitnehmerInnen zahlen die Zeche“. Doch die wesentliche Forderung der GBH dreht sich allein um die „Reduzierung von Budgetdefiziten“ und Eurostabilität. Man ist eigentlich zur Genüge gewohnt, diese Begriffe von Bankern und der bürgerlichen Politik zu hören. Doch die Menschen in Griechenland spüren am eigenen Leib, wofür diese Wörter stehen: Verfall des Lebensstandards.

**Griechenland** ist nicht gleich Griechenland. Sind die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen gemeint oder jene der Banken und Superreichen, die allein im letzten Jahr 60 Milliarden € außer Landes geschafft haben? Wo sind die satten Gewinne der Periode von Mitte der 90er bis 2007?

Die kapitalistischen Lösungsversuche sind zum Scheitern verurteilt: EU und Währungsfonds erzwingen den Sozialkahl-schlag als Bedingung für den „Rettungsschirm“, der in erster Linie nur den Banken im In- und Ausland nützt. In Folge werden Betriebe deutlich unter Wert privatisiert, die Löhne sinken dramatisch und mit ihnen die Kaufkraft. Während die Superreichen verschont bleiben und der Zinsendienst fröhlich weiterläuft, wird die Staatsverschuldung wahrscheinlich weiter steigen. Vom ersten „Memorandum“ 2010 bis heute kletterte sie von 140 auf knapp 160 % des BIP. Es geht nicht darum, einen Schuldenerlass von den Herrschenden in Europa

zu erbitten, sondern darum, dass die griechischen (und auch andere) ArbeiterInnen in Massenbewegungen erkämpfen, dass die Schulden nicht bezahlt werden.

**Zwangsjacke ablegen** Eine grundsätzliche Schlussfolgerung aus alldem wäre, dass die ArbeiterInnen als maßgebliche gesellschaftliche Kraft das Heft in die Hand nehmen und die Kontrolle der Wirtschaft den Händen der korrupten Eliten entreißen. Das würde auch die Forderung nach Enteignung der rund 200 Milliarden € bedeuten, die gegenwärtig (noch) von griechischen Kapitalisten im Inland gehortet werden. Gewerkschaften sollten hierfür ein organisatorisches Werkzeug sein. Die Zwangsjacke der kapitalistischen Logik anzubehalten würde hingegen in die Katastrophe führen.

**Franz Neuhold** Mitglied des Bundesvorstands der SLP

# SLP-Programm genau erklärt:

Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für

überwunden. Auch eine Finanztransaktionssteuer, wird daran nichts ändern. Die Verstaatlichung von Banken in der Krise war eine Verstaatlichung von Verlusten, mit dem Ziel, danach wieder zu pri-

63 Mrd. Euro – Geld, das z.B. im Sozialsystem fehlt. Bankensektor und Schlüsselbetriebe müssen in öffentliches Eigentum überführt werden – ohne Übernahme oder Bezahlung der Schulden. Wir brau-

## Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste.

die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.

Nach 2008 haben ATTAC und andere eine Regulierung der Finanzmärkte gefordert. Die (begrenzte) Regulierung durch Basel III – Banken benötigen nun für Kredite mehr Eigenkapital – hat aber die Widersprüche des Kapitalismus nicht

vatisieren. Beschäftigte und KundInnen hatten keine Kontrolle über diese Banken. Sie wirtschaften weiter für Profite.

Dies ist eine Krise des Kapitalismus, nicht nur der Finanzwirtschaft. EU, EZB und IWF zwingen ArbeiterInnen in ganz Europa Sparterror auf. Der Kapitalismus muss als Ganzes überwunden werden. Die reichsten zehn Familien in Österreich besitzen

chen wirkliche demokratische Kontrolle: In der Bewegung in Spanien haben sich Nachbarschaftskomitees gebildet. Mit Komitees in den Betrieben, mit VertreterInnen, die jederzeit wähl- und abwählbar sind und nur einen Durchschnittslohn verdienen, könnte als Teil eines demokratischen Plans für die Bedürfnisse der Menschengewirtschaftet werden – statt für Profite.

# Jetzt Vorwärts abonnieren!

Mit unserer Zeitung tragen wir als SLP unsere Ideen, unser Programm und unsere Analysen nach außen. Hier kannst Du nachlesen, wie wir z.B. zur „Euro-Krise“ oder zum Bildungsvolksbegehren stehen, welche Kampagnen wir in den Bundesländern führen, oder wie wir glauben, dass die Kürzungen durch die Spitalsreform gestoppt werden können. Bei uns gibt es Dinge zu lesen, die man sonst vergeb-

lich sucht – z.B. Berichte über den ÖlarbeiterInnenstreik in Kasachstan. Wir sind parteiisch – immer auf der Seite von Jugendlichen und ArbeiterInnen, die sich wehren, immer gegen Rassismus und Sexismus. Vorwärts ist die älteste, durchgehend erscheinende sozialistische Zeitung in Österreich. Und Vorwärts ist unabhängig von Unternehmen und dem Staat – wir können schreiben, was wir denken!

Mit dem Vorwärts-Relaunch wollen wir noch mehr Menschen erreichen: wir wollen die Auflage erhöhen und die Zahl unserer AbonnentInnen von 100 auf 200 verdoppeln.

Wenn auch Du regelmäßig sozialistische Analysen und exklusive Berichte über internationale Kämpfe ins Haus bekommen willst – dann ist es JETZT an der Zeit, Vorwärts zu abonnieren.

**Abos auf [www.slp.at](http://www.slp.at)**

## Gusenbauer unterstützt kasachischen Diktator, die Sozialistische Linkspartei die Opposition

**Internationale Solidarität:** Seit mittlerweile vier Monaten kämpfen in Kasachstan tausende ArbeiterInnen in der Ölindustrie für den Erhalt ihrer Jobs und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Reaktion der Unternehmen: Entlassung der Streikenden. Führende AktivistInnen der Gewerkschaftsbewegung wurden verhaftet, einer (Zhalsylyk Turbaev) sogar ermordet. Das Regime geht mit voller Härte gegen die Proteste vor. Die



Verhaftung eines Aktivisten

ArbeiterInnen geben aber nicht auf und protestieren weiterhin täglich. Aber ohne Löhne verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der Streikenden und ihrer Familien rapide. Internationale Solida-

rität ist gefordert – auch in Form von Geld.

**Wir bitten um Spenden** auf das PSK-Konto 8812.733 (Verwendungszweck: Kasachstan)

## Die SLP-Treffpunkte

### GMUNDEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Sonntag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im *'Wiener Café'*  
Esplanade Gmunden

### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im *'Stockwerk'*  
Jakominiplatz 18

### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im *'Shakespeare'*  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?  
Wir helfen Dir beim Aufbau!

### NIEDERÖSTERREICH

**unregelmäßige Treffen**  
Infos per E-Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### WIEN

**SLP-Jugendgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im *'Amerlinghaus'*  
7., Stiftgasse 8  
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
in der *'Pizzeria La Piazza'*  
20., Gaussplatz 7  
Linie 31; Linie 5A

**SLP-Unigruppe**  
jeweils Donnerstag, 19<sup>30</sup> Uhr  
im *'Café Daun', Hinterzimmer*  
8., Skodagasse 25  
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Donnerstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im *'Gasthaus Zypresse'*  
7., Westbahnstraße 35A  
U6 Burggasse; Linie 5

## Andere über uns



**Initiator der Homepage** ist **Martin Graf**, Olympe und 3. Nationalratspräsident. Die Gastkommentatoren: Norbert Hofer, Andreas Mölzer, Walter Rosenkranz. Den wehleidigen Klagen folgt ein – offensichtlich von uns abgeschrieben – historischer Abriss. Danke dafür, dass gezeigt wird, dass wir mit verschiedenen linken Organisationen gegen Sozialabbau und Faschismus zusammenarbeiten. Mit der SPÖ haben wir allerdings nichts zu tun, da war der Wunsch Vater des Gedanken...

## VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

ab September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht



**Jahres-Abo (10 Ausgaben)**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

€ 24,- **Normal-Abo**

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)

**VORWÄRTS Jetzt abonnieren: [www.slp.at](http://www.slp.at)**



# Anschläge in Oslo kein Einzelfall

*In ganz Europa nimmt rechtsextreme  
Gewalt zu – auf Staat & Polizei ist kein Verlass*

Die Anschläge in Oslo werden in den Medien als Tat eines „verrückten Einzelgängers“ heruntergespielt. Tatsächlich zeigt sich in ganz Europa eine Häufung rechtsextremen Terrors. Im Mai fand in Griechenland eine einwöchige Hetzjagd auf MigrantInnen statt. Die Polizei griff nicht ein. FaschistInnen bedrohten das in Griechenland stattfindende Camp von „Jugend gegen Rassismus in Europa“: Den Betreibern wurde gedroht, dass „ihre Leichen

in der nächsten Bucht gefunden“ würden, sofern sie das Camp durchführen. In Deutschland wurden im Juni mehrere Brandanschläge mit rechtsextremem Hintergrund verübt – auf ein Jugendzentrum der Falken (SJ) sowie ein Roma-Wohnhaus. Andere Beispiele wären Spanien und Ungarn. Rechtsextremer Terror richtet sich gegen MigrantInnen und AntifaschistInnen. Der „Einzelkämpfer“ Breivik entspricht bloß dem Prinzip der „Ein-Mann-Zel-

le“, eine Taktik die in faschistischen Kreisen lange Tradition hat. Auch in Österreich nimmt rechtsextremer Terror zu. 2010 ein Brandanschlag auf ein migrantisches Studentenheim in Wien, im Juli ein Nazi-Überfall auf ein Lokal in Wels. Polizei und Justiz verharmlosen und ignorieren. Schutz kommt von dieser Seite keiner. Wir müssen uns organisieren und selbst aktiv werden gegen jede Form von rechtsextremer Gewalt!

Lila Ramharter



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

› Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

› Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

› Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

› Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

› Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

› Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

› Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

› Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

› Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

› Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

› Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

› SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

› Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

› Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

› Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

› Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.